

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 22 (1981)  
**Heft:** 24

**Artikel:** Frieden auf Kreuzzug  
**Autor:** Gorski, Bohdan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094517>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Bohdan Gorski  
zu einem kriegführenden schweizerischen Missionsjahrbuch

# Frieden auf Kreuzzug

Der Friede ist ein aktuelles Thema von Kundgebungen und Sprechchören; die Frontisten marschieren wieder gegen die Ligne Maginot. Es ist zum Erschrecken, diese braune Pazifizierungswelle. Aber man will sich trösten. Etwa so: Zum Glück hat man noch den christlichen Friedensbegriff. Aber wenn man das schweizerische Missionsjahrbuch 1981\* mit seinen vielen Beiträgen liest, stellt sich wirklich die Frage, was man mit dem christlichen Friedensgedanken hat. Unser Entwicklungsexperte Dr. Bohdan Gorski zeigt uns das Werk vor.

Die Aufrechterhaltung des Friedens ist ein zentrales Problem der Menschheit. Der Kampf darum bedeutet vor allem eine Herausforderung an die «Mächtigen dieser Welt», an jene, die durch Gewalt und Missachtung der Menschenrechte die andern Menschen bedrohen und sie in den Teufelskreis von Gewalt, Gegengewalt und Rache hineinziehen wollen.

Die Kirchen, die ihre Haltung nach der Friedensbotschaft der Bibel bestimmen wollen, sind sogar verpflichtet, sich in den Dienst von Frieden und Gerechtigkeit zu stellen.

Um es konkret in dieser Welt und dieser Zeit zu tun, brauchen sie:

— die Kenntnis der politischen Lage, die Fähigkeit zum sachlichen und selbständigen Denken;

— den Mut zur Wahrheit, auch wenn sie unbequem ist und den modischen Strömungen und Denkmustern widerspricht;

— die Achtung des sittlichen Bewusstseins und der christlich-humanitären Grundwerte;

— den Sinn für die Proportionen der Friedensbedrohungen, die Wahrnehmung der Tatsache, dass Friedenspropaganda im Feindeslager immer zur Kriegführung der Diktaturen gehört.

## Zeichnung alter Feindbilder ...

Die vorliegende Schrift der schweizerischen Missionskonferenz ist das Gegenteil dessen, was man anhand dieser Kriterien erwarten müsste.

\* «Frieden». Missionsjahrbuch der Schweiz 1981. Herausgeber: Missionskonferenz der deutschen und rätoromanischen Schweiz, Immensee, und Schweizerischer Evangelischer Missionsrat, Basel.

Der hitlersche Hassgesang auf die USA wird mit Lügen von goebbelsschem Ausmass wieder aufgenommen; Washington wird beschuldigt, mit der «Hungerwaffe» Krieg gegen die Völker der Welt zu führen.

Sonst operieren die diversen Autoren der Schrift vorwiegend mit den gehabten Feindbildern von Südafrika bis El Salvador. So verabscheuungswürdig diese Regimes auch immer sind: es handelt sich um völlig isolierte Randfiguren der weltpolitischen Bühne; das Aggressionspotential geht ihnen ab. Der Kampf um den Frieden wird zur Farce, wenn man sie als Prüfsteine der Friedensfrage präsentiert. (Es sei denn, dass man sie als Vorwand für den Krieg der gerechten — z. B. kubanischen — Seite brauchte.)

## ... statt Analyse bestehender Konflikte

Dafür redet man in der Schrift an den tatsächlich bestehenden und wahrhaftig brennenden Weltkonflikten vorbei oder nimmt sie überhaupt nicht zur Kenntnis. Solche sind zum Beispiel:

● Der Nahost-Konflikt. Der permanente Kriegszustand und der Rüstungswettlauf saugt die ökonomischen Ressourcen der arabischen Länder und Israels aus. Die ägyptische Friedensinitiative wird von den Kriegsfreunden sabotiert. Die faschistischen Militärdiktaturen à la Ghadafi oder Assad sehen sich mit Hilfe der militärischen Supermacht Sowjetunion aufgewertet. Man bringt völkische Hassparolen zum Zünden, man predigt und führt den ethno-religiösen Krieg. (Ein Nebenprodukt des Nahostkonflikts ist in Europa das ersichtliche Wiederleben des totgeglaubten Antisemitismus.)

● Der Krieg in Südostasien, der sogenannte Dritte Indochina-Krieg. Er bedeutet Holocaust in Kambodscha, Terror und Hungersnot in Vietnam, den Einsatz von Giftgas in Laos. Er bedeutet Hunderttausende von Flüchtlingen als Konsequenz der Unterdrückung von Minderheiten und Andersdenkenden, der Konzentrationslager usw.

● Der Bürgerkrieg und die Schreckensherrschaft der Militärdiktatur in Aethiopien, wo ganze Völkerschaften und Religionsgemeinschaften zwischen Genozid und Flucht zu wählen haben. Ein Morden unter der Obhut der weissen Herren aus dem «Friedenslager».

● Der Invasionskrieg in Afghanistan. Eines der ärmsten Länder der Welt wird von Tausenden von Panzern niedergewalzt, von MiGs und Panzerhelikoptern zerbombt. Die Supermacht, die tatsächlich Kriege führt, an der praktischen Arbeit.

Obwohl es da um den Tod von Hunderttausenden geht und um das Leiden von Millionen, wird das alles vom Missionsjahrbuch, auf dem so gross «Frieden» steht, nicht zur Kenntnis genommen; anscheinend haben seine Herausgeber gegen Massenmorde nichts einzuwenden.

Freilich gibt es eine Erklärung für diese Bewusstseinslücken, und sie hat mit der Bedrohung des Weltfriedens insgesamt zu tun. Hinter den meisten der oben erwähnten, real bestehenden Konflikten steht die Supermacht der Sowjetunion. Sie verfügt über den besten Nachrichtendienst und den grössten Propaganda-Apparat der Welt, und sie steuert eine lautstarke internationale Lobby, die viel Aerger machen kann, wenn man sich ihr in den Weg stellt. Den Kampf um den Frieden gegen diese ganze Kombination zu führen, ist politisch unbequem.

Die Anklagen gegen Pinochet und Konsorten kosten nichts; das Weltgewissen verurteilt sie ohnehin. Also kann man sich da ruhig ausschimpfen und auf Beifall hoffen. Dem Frieden kommt man freilich dadurch nicht näher, aber das streben die Autoren allem Anschein nach auch gar nicht an.

## Agitpropere Lyrismen

Wenn die meisten Beiträge des Jahrbuches von vornherein auf sachbezogene Argumente und rationales Durchdenken der Probleme verzichten,



«Diskussion um die Wiederherstellung des Friedens.» («Szpilki», Warschau, 4. 10. 1981)

so gibt es dafür eine Anzahl lyrischer Texte mit emotional-ideologisierender Beweisführung fürs fromme Gemüt:

— eine tatsächlich oder angeblich von den Eltern pädagogisch falsch behandelte Schülerin wird zum Selbstmord getrieben;

— ein depressiver Rekrut nimmt sich das Leben;

— das Unglück der Welt überhaupt; ihm gelten einige halb belletristische und halb agitatorische Reflexionen von entsprechend gemischter Qualität.

Mit Hilfe einer Anzahl von schön vorgewerteten Einzelfällen legen die Autoren dem Leser ihre ideologisierten Feindbilder des bösen Kapitalismus nahe und konstruieren eine künstliche Anklage gegen seine friedensbedrohenden Sozialstrukturen.

Das Verhaltensmuster ist nicht so neu. Als Gulliver bei den Liliputanern gelandet war, vermochten diese von ihm bloss seine schmutzigen Schuhe zu sehen. Unsere farbenblinden Friedensforscher tun nichts Besseres. Aber der Fehler ist nicht so niedlich, wenn man an den tatsächlichen Problemen des Friedens verlogen vorbeipredigt, auf die alte Art. (Bei antikapitalistischer Lyrik handelt es sich auch noch um die Uebernahme von Sachen, die in der Schweiz schon publiziert worden sind; Repetition zwecks Auswendiglernen; kritisches Denken über «gesellschaftskritische» Vorprägungen ist nicht gefragt.)

## Die Not der Dritten Welt und die vorverfertigten Schuldprüche

Das gilt auch für die Behandlung eines weiteren Fragenkomplexes: die Notlage der Bevölkerung in der Dritten Welt.

Die Armut in den Entwicklungsländern ist ein Thema, mit dem jeder von uns sich auseinandersetzen muss. Die Autoren verstehen es anders; ihnen genügt ein Schuldpruch. Das menschliche Drama in vielen Ländern ist ihnen als Anlass

zur ideologischen Manipulation gerade gut genug. Die Schlagworte wiederholen sich ständig. «Hunger ist nicht einfach eine Naturkatastrophe. — Hunger wurde und wird produziert durch das steigende Umweltungleichgewicht.» Et cetera. Also Verursacher vorzeigen. Dreimal darf man raten, wer die sind. Richtig: der internationale Imperialismus, die Multis usw. Man setzt sie schon automatisch auf die Anklagebank, und das Urteil steht als Vorurteil schon längst fest. Als Beweis dienen die Aussagen der Gegenpartei. Und die Tatbestände bleiben unberücksichtigt.

## Wie wäre das eigentlich mit dem Verursachungsprinzip bei den sozialistischen Entwicklungsländern?

Einmal: der Wohlstand ist kein Manna, das vom Himmel fällt. Er muss erwirtschaftet werden. Die Erfolge hängen von etlichen durchaus definierbaren sozio-ökonomischen Grundlagen ab. Diese sind in der Dritten Welt grossteils nicht erfüllt.

Dann: Hunger und Elend sind so alt wie die Menschheit selber. Hervorgerufen bald durch Dürren oder Ueberschwemmungen, bald durch Kriege, Vertreibungen oder Misswirtschaft. Und alles in der jahrtausendelangen Periode, als es den patentierten Elendalleinverursacher Kapitalismus noch gar nicht gab.

Den Generalverursacher also, den gibt es nicht. Wenn aber die Autoren schon nach einem spezifischen Verelendungsfaktor der Moderne suchen wollen, dann ist ihrer kritischen Aufmerksamkeit das antikapitalistische Alternativmodell zu empfehlen. Doch dieses schwebt ihnen nur solange vor, als es noch kommen soll. Wenn es da ist, dann schauen sie weg. Merkwürdig, wie rasch das Interesse an struktureller Verursachung erlahmen kann.

Die Rede ist hier vom Sozialismus. Die Dritte Welt hungert nach ihm, glaubt man, aber sie hungert wegen ihm.

Sozialismus verträgt sich leider nicht mit frischen Brötchen, schönen Wohnungen und guten Kleidern (von den höheren Genossen mal abgesehen). Die Ursachen dafür sind strukturell. Die Nomenklatura interessiert sich weder für die Lebensbedingungen des Volkes noch für die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse, sondern nur für ihre Macht. Um jeden Preis, den andere zahlen.

Und das nun gilt nicht nur für den Ostblock, sondern auch — und sogar ganz besonders — für die Dritte Welt. Man hält den antikommunistischen Elementen im Westen vor, nur ein Auge für Menschenrechtsverletzungen im Osten zu haben, das gleichzeitige Massenelend in der Dritten Welt nicht zu sehen. Es muss etwas Wahres sein an dem Vorwurf, denn sonst wäre es kaum möglich, dass das sozialistisch herbeigeführte Elend in der Dritten Welt so vollkommen aus dem öffentlichen Bewusstsein verbannt ist. Die «Bourgeois Kreise» sind vor lauter entwicklungspolitischen Defensivdenken insgesamt noch gar nicht darauf gekommen, dass das ein Thema sein könnte. Dabei ist es sogar ein Hauptthema.

Aus den sozialistischen Entwicklungsländern vernimmt man die pathetischen Führerreden. Sie sind eine Augenwischerei. Denn die Wirklichkeit sieht anders aus.

● Guinea (Conakry) ist von seinem natürlichen Potential her eines der reichsten Länder Afrikas. Es wird seit gut zwanzig Jahren sozialistisch regiert, und seit gut fünfzehn Jahren steht es am Rande der Hungersnot. Was der Bevölkerung das Existenzminimum sichert, das sind die amerikanischen Hilfslieferungen.

● Julius Nyerere, «einer der besten Sprecher und Denker der Dritten Welt», hat trotz aller Zuwendungen westlicher Bewunderer «sein» Tansania ganz ähnlich heruntergewirtschaftet. Im Gegensatz zu den Erbauungstheorien, die man bei uns bis in den Katechismus-Unterricht hinein verkündigt, hat das Land heute die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Afrikas; Hungersnöte und Epidemien breiten sich aus, wie es sie seit vorkolonialen Zeiten nicht mehr gegeben hatte.

● Auf Jamaika hat Michael Manley mit wiederum ähnlichen Mitteln die Wirtschaft ruiniert. Glücklicherweise konnte man ihn noch durch einen demokratischen Volksentscheid ins Grüne schicken (was bei den Diktaturen von Nyerere und Sékou Touré nicht mehr möglich ist). Manley hat dann gesagt, das sei auf die amerikanische Hungerwaffe zurückzuführen. Und das kauften ihm schweizerische Apologeten ab.

## Ha, die Amerikaner

Denn für entwicklungssozialistisch ausgerichtete Officialchristen darf es sozialistische Versager nicht geben. Was tun? Dem Weltjudentum die Schuld zu geben, ist im christlichen Abendland von heute noch nicht so recht wieder opportun (kommt vielleicht auch noch), aber wozu hat man die Amerikaner? Die Hasstiraden eines Al Imfeld gegen die USA mögen je nach seiner Definition von der Sache christlich sein, aber sie gründen auf jeden Fall auf Unwahrheit.

Als mildernder Umstand sei beigefügt: auch auf Unkenntnis. So ist es für Imfeld ein spezifisch amerikanisches Verbrechen, Marokko zu unter-

## In Kürze

Moskauer Arbeiter untereinander auf dem Heimweg von der Fabrik: «Zeit, dass man diese Polen zusammenstaucht. Uns geht es schliesslich um keinen Dreck besser, und wir streiken trotzdem nicht.» Das zitiert einer, der es als Kollege mitgehört hat, nämlich der sowjetische Arbeiter und Dissident Nikolaj Alexejew, der eine Samisdatschrift («Ein Arbeiterkommentar») über die Ausbeutung der Werktätigen in der UdSSR verfasst hat («Archiv Samisdata», München).

\*

Was der Atomlobby so passen würde: störungsfreie Beschlüsse über den Ausbau von Nuklearanlagen. Aber diese Idylle gibt es — nur halt anderswo. In Sofia hat im Herbst die RGW-Kommission für Bau und Transport von AKW-Ausrüstungen unter sowjetischem Vorsitz getagt. Man «unterstrich die immer wichtiger werdende Rolle der Atomenergie zur Stärkung des Energiepotentials der sozialistischen Länder» (so «Rabotnitschesko delo», Sofia) und verwies auf die

diesbezüglichen Beschlüsse der diversen Parteikongresse. Was als Auftrag genügt und unumstösslich ist. Was ist Sozialismus? Sozialismus ist das System, in dem man gegen Atomkraftwerke nicht protestieren kann.

\*

«Die Republik Kuba ist ein Mitglied der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten.» Diese Aussage machte die hochoffizielle «Prawda» (5. 11. 1981) wörtlich, um das sowjetische Verteidigungsrecht für Kuba kundzutun. Fragt sich bloss noch, was Kuba in diesem Fall bei der blockfreien Bewegung eigentlich zu suchen hat und gar noch in einer Hauptrolle.

\*

Die möglichst rasche Assimilierung von Gastarbeitern gilt bei uns als humanes und soziales Postulat erster Güte. Aber auf wieviel Gegenliebe stösst man damit auf der Gegenseite? Die jugoslawische Zeitung «Vjesnik» (Zagreb, 21. 10. 1981) in einem Beitrag über Heimatschulung von Arbeitnehmern im Ausland: «Wir müssen die Kinder unserer Landsleute schulen, damit sie sich nicht in fremden Ländern assimilieren und dort bleiben.»

stützen, das wiederum in verbrecherischer Weise versucht, die Nomaden zwangsweise sesshaft zu machen. Eine Kleinigkeit wird dabei übersehen: Von Kasachstan und Ostt Tibet bis zur zitierten Sahara haben die Regierungen (und schon gar die sozialistischen) überall versucht, die Nomaden sesshaft zu machen, und noch mit ganz anderer «Nachhilfe». Nun, unter Anwendung der vorgelegten Missionslogik lässt sich sicher eine amerikanische Firma finden, die Wodka exportiert, und dann ist der Beweis erbracht, dass die Amerikaner versuchen, den Willen der Völker mit Wodka zu untergraben. Es lebe die selektive Symptomanalyse.

Doch das sind noch blasse Niedlichkeiten. Imfeld beschuldigt die Amerikaner überhaupt, die «Eigenversorgungsbasis» der Drittweltländer absichtlich zu vernichten. Nicht nur tun die Amerikaner das nicht: die meisten ihrer entwicklungspolitischen Anstrengungen waren und sind gezielt darauf angelegt, das genaue Gegenteil zu erreichen: die einheimische Versorgungsbasis der jeweiligen Bevölkerung zu festigen, neue Getreidesorten zur Deckung des Eigenbedarfs einzuführen usw.

Die Friedensschrift der Missionskonferenz

macht auch Inlandmission. Und wir wollen auch dazu ein paar Anmerkungen machen.

### Inlandmission

Hans-Balz Peter führt einige stolze Zahlen über die Wirtschaftspolitik der Schweiz an. Das arme Gebirgsland ohne natürliche Ressourcen hat es immerhin geschafft, seiner Bevölkerung einen hohen Lebensstandard zu sichern. Keine Petrodollars, kein Goldvorkommen: nur Arbeiterlöhne. Dank gut durchdachten Dienstleistungen wie Bankgeschäfte und Versicherungen sind die naturbedingten Nachteile zugunsten der werktätigen Massen kompensiert worden. (Als Papierliedschwizler aus einem sozialistischen Land vermag ich diese Systemleistung zu würdigen, in die andere einfach hineingeboren worden sind.)

Hans-Balz Peter sieht in diesem Gelingen nicht nur eine Schande, sondern das strukturell Böse schlechthin, dessen wir uns zugunsten der armen Länder dieser Welt entledigen sollten. Genauso gut könnte sich Peter seiner Hochschulkenntnisse zugunsten der Analphabeten entledigen wollen. Oder hat er es am Ende schon getan?

Im Ernst: Wenn wir die (wirkliche) Entwicklungshilfe vermehren wollen, dann haben wir weit eher darauf bedacht zu sein, unserer Bevölkerung klar zu machen, dass das *nicht* auf Kosten des erfolgreichen Entwicklungsmodells geht, welches die Schweiz (ohne mein Dazutun; darum darf ich es sagen) selber darstellt. Im übrigen *kann* unsere europäische Entwicklungshilfe für die Lösung der Entwicklungsprobleme heute schon gar nicht massgeblich sein, weil die koloniale Ära für uns (und *nur* für uns; für die Sowjetunion ist sie da und noch im Kommen) vorbei ist. Der Schlüssel liegt heute bei den betreffenden Ländern selbst, soweit sie noch nicht in den kolonialen Zustand der sozialistischen Souveränität überführt sind.

Die Schrift enthält viele Beiträge und Abdrucke, die — um es nett zu sagen — tendenziös sind. Mit einem kleinen Teil davon habe ich mich auseinandergesetzt. Der Vollständigkeit halber will ich zwei Ausnahmen nennen, die Beiträge von Beat Kappeler und Eugen Fehr, die ihre guten Sachkenntnisse in ausgewogener Form zu präsentieren wissen. Aber zwei Schwalben machen keinen Frühling, und zwei kirchliche Herausgeber keinen Frieden. ■

# Aethiopien sendet «Signale»

**Seit einigen Monaten sucht Aethiopien westliche Wirtschaftshilfe zu erhalten. Das suchen auch andere sowjetisch beherrschte Länder der Dritten Welt. Es gibt im Westen immer Spezialisten, die solche Oeffnungen als «Signale» zu verstehen belieben, dass die betreffenden Regimes ihre Bande zu Moskau lockern wollen. Aber das ist ein Fehlschluss.**

Denn meistens sind die «Signale» wohlberechnet und mit der Protektorsmacht, die sich materiell entlasten will, genau abgesprochen. Aus Südjemen liegt ein Angebot vor, dem die interessierten westlichen Handelskreise nur schwer werden widerstehen können: ein Versprechen auf Wiedereröffnung des alten Freihafens von Aden. Aus Aethiopien vernimmt man (gezielte) Andeutungen darüber, das Land sei vom Niveau der sowjetischen Wirtschaftsleistungen enttäuscht; westliche Kreditgeber sollen so animiert werden, das Regime in seinen vorgeblichen Emanzipationsbemühungen zu unterstützen.

Nun stimmt es, dass die Sowjetunion nicht in der Lage ist, Wirtschaftshilfe von grösserem Ausmass zu geben. Aber sie ist daran auch nicht interessiert; lieber soll der Westen zahlen. Wer befiehlt, der lässt sich zahlen.

Die Führer der sowjetabhängigen Entwicklungsländer ihrerseits haben durchaus ein eigenes und vitales Interesse daran, in der sowjetischen Abhängigkeit zu verbleiben, denn dieser verdanken sie ihre eigene Macht und ihren Schutz vor der

Bevölkerung. Das ist für sie vorrangig. Für ihr mindestens politisches Ueberleben kommt es darauf an, dass sie ihre Satellitenrolle zur Zufriedenheit des Regisseurs spielen.

Indessen führt die zunehmende Verelendung der Bevölkerung auch zu Spannungen und Unruhen (in Aethiopien gibt es in etlichen Regionen eine Aufstandsbewegung, die man mit blutigen Aktionen und mit Aushungern niederhält), vor denen sich die Machthaber ebenfalls zu fürchten haben. Und da ist der Appell an die Hilfsbereitschaft des Westens ein logischer Ausweg, und es kommt zu «Oeffnungen», wie man sie immer wieder gehabt hat. Sie brauchen deswegen noch lange nicht gegen die Sowjetunion gerichtet zu sein.

Der Westen handelt weder in seinem Interesse noch im Interesse der äthiopischen Bevölkerung, wenn er mit Wirtschaftshilfe das Henkerregime von Menghistu stützt und die sowjetische Protektorsmacht entlastet, damit sie sich weiterhin auf den militärischen und polizeilichen Sektor ihrer Hilfe konzentrieren kann.

Und hier ist übrigens ein kleines Beispiel dafür, wie Aethiopien das Vertrauen europäischer Geldgeber lohnt. In Addis Abeba hat man den Sitz der Aethiopischen Evangelischen Kirche (das ist die grösste protestantische Gemeinschaft des Landes) gewaltsam aufgehoben. Diese Kirche war auch ein Kanal, über den eine beträcht-

liche caritative Hilfe, von evangelischen Kreisen in Deutschland und Skandinavien erbracht, in das Land gelangte.

Die Beschlagnahme des Büros erfolgte, ohne dass auch nur der Anschein eines gesetzlichen Verhaltens bestanden hätte. Kein Ministerium und kein Amt hat sich auf Nachfrage für zuständig erklärt oder es auch bloss für nötig befunden, eine Aussage zum «Vorfall» zu machen. Er bestand darin, dass ein Beamter in Begleitung von fünf bewaffneten Männern das Büro betrat, die Räumlichkeiten beschlagnahmte und die Kirchenvertreter auf die Strasse warf.

Schweden gehört zu den westlichen Ländern, welche Aethiopien auch mit Regierungsgeldern unterstützen. Die Wirtschaftshilfe beläuft sich auf 20 Millionen Dollar jährlich. Stockholm hat gegen den geschilderten Uebergriff in Addis Abeba protestiert und will seine Hilfeleistungen allfälligerweise in Wiedererwägung ziehen, falls der Vorfall nicht geklärt wird. Sonst war der Protest lieb genug abgefasst; man vermied jede Anspielung darauf, dass die äthiopische Regierung eine gesetzwidrige Enteignung angeordnet haben könnte. Die Rücksichtnahme wurde gebührend belohnt: der Aussenminister (übrigens selber Absolvent einer evangelischen Schule) liess ausrichten, man werde der Angelegenheit nachgehen.

Aethiopien war früher ein vorwiegend christliches Land. Doch seit der kommunistischen Machtübernahme findet unter anderem auch eine Religionsverfolgung statt (siehe ZB, Nr. 20/1981). Allerdings hielt man damit in der Hauptstadt selbst doch etwas zurück, so dass es den westlichen Vertretern, die über die Verwendung von Spendengeldern entscheiden, bis jetzt erspart blieb, sie wahrnehmen zu müssen. Der «Vorfall» mit der Evangelischen Kirche hat jetzt immerhin einige nördliche Augen geöffnet. Das Regime in Addis Abeba rechnet damit, dass man sie schon wieder schliessen wird.

Ian Tickle